

Analyse

Der »Süd-Ossetien-Krieg«: Die regionale Dimension

Uwe Halbach, Berlin

Zusammenfassung

Der sechste Kaukasuskrieg hat sich seit einiger Zeit angekündigt. Natürlich stellt sich die Frage, wer welchen Anteil daran hatte, dass es zu solch einer Eskalation kam. Die Antwort ist nicht einfach. Der Krieg ging aus einer sich seit März 2008 verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen hervor, in der alle beteiligten Konfliktseiten mit dem Feuer gespielt haben. In den letzten vier Jahren begab sich Georgien mit seiner prononcierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nach Westen und einer forcierten Politik der Reintegration seiner abtrünnigen Landesteile in Konflikt mit Russland. Dabei traf das georgische Bestreben nach Emanzipation von russischer Machtpolitik auf eine Realität, in der Russland nach wie vor über wichtige Hebel zur Einmischung in südkaukasische Angelegenheiten verfügte. Wie es dann zu der unseligen georgischen Offensive gegen Zchinwali vom 7.–8. August kam, bleibt gleichwohl eine offene Frage, die der georgische Präsident vor allem seinem eigenen Land zu beantworten hat.

Der »sechste« Kaukasuskrieg

Im August wurde die Weltöffentlichkeit mit einem neuen Kaukasuskrieg konfrontiert. Er wird als der »Süd-Ossetien-Krieg« in die Geschichte eingehen und war mit Abstand der kürzeste von insgesamt sechs Kriegen, die seit dem Ende der Sowjetunion im Nord- und Südkaukasus ausgetragen wurden. In Süd-Ossetien selbst war es der dritte größere Waffengang nach der kriegerischen Konfliktphase von 1991–92 und einer georgischen Offensive zur Bekämpfung von Schmuggel in der Konfliktzone im August 2004. Wie kein regionales Ereignis zuvor jagte dieser »Fünftage-Krieg« Schockwellen durch die internationale Politik, geriet hier doch erstmals Russland mit einem souveränen Nachbarland in militärischen Konflikt.

Konfrontation im Vorfeld

Seit dem Frühjahr 2008 haben sich die Spannungen im Umfeld der beiden ungelösten Sezessionskonflikte Georgiens zunehmend verstärkt. Wiederholt beschuldigten sich die Konfliktparteien in Süd-Ossetien und Abchasien gegenseitig, größere Kriegshandlungen vorzubereiten. Zudem war seit drei, vier Jahren zu beobachten, wie sich die russisch-georgischen Beziehungen zum prekärsten zwischenstaatlichen Verhältnis im GUS-Raum entwickelten.

Mit seiner prononcierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nach Westen und einer forcierten Politik der Reintegration begab sich Georgien in Konflikt mit Russland. Dabei traf das georgische Bestreben nach Emanzipation von russischer Machtpolitik auf eine Realität, in der Russland nach wie vor über wichtige Hebel zur Einmischung in südkaukasische Angelegenheiten verfügte. Nach weitgehender Räumung seiner

Militärbasen in Georgien gehörten dazu weiterhin russische Friedenstruppen in Abchasien und Süd-Ossetien, die georgische Abhängigkeit von russischen Energielieferungen (2006 95 % des georgischen Gas- und 53 % des Stromverbrauchs) und ein migrationspolitischer Hebel, der durch wachsende georgische Arbeitsmigration nach Russland entstand. Dass Moskau diese Hebel einzusetzen weiß, zeigten Sanktionen gegen Georgien, die im Herbst 2006 verhängt wurden – in Reaktion auf die Verhaftung angeblicher russischer Spione in Tiflis und die provokant-theatralische Behandlung dieser »Spionagekrise« durch die georgische Regierung. Zu den Strafmaßnahmen gehörten ein Importverbot für Wein und Mineralwasser aus Georgien, die Verdoppelung des Ölpreises und die vorübergehende Unterbrechung von Luft-, See-, Post- und Bankverbindungen.

In erster Linie sah Georgien seine Souveränität durch die russische Unterstützung der Regierungen in Abchasien und Süd-Ossetien bedroht. Diese wurde nochmals verstärkt, als Präsident Putin in Reaktion auf die Kosovopolitik des Westens am 16. April 2008 die enge Zusammenarbeit russischer Behörden mit den Regierungsstellen in Abchasien und Süd-Ossetien verfügte. Russland trat nun aus einem GUS-Abkommen von 1996 aus, das Wirtschafts- und Handelsblockaden über Abchasien verhängt hatte. Russische »Friedenspolitik« im Südkaukasus war aus georgischer Sicht nun vollends »piece keeping, not peacekeeping«.

Zwei überregionale Ereignisse standen bei dieser Entwicklung Pate: die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und deren Anerkennung durch mittlerweile 46 Staaten und der NATO-Gipfel von Bukarest, bei dem es um die Beitrittsperspektive Georgiens und der Ukraine ging.

Europäische Schlichtungsversuche

Europa stand vor der Herausforderung, dieser Konfrontation in seiner Nachbarschaft entgegen zu treten, auf beide Seite beschwichtigend einzuwirken, deutlich zu machen, wie viele gemeinsame Sicherheitsinteressen zwischen der »Großmacht« Russland mit ihrer eigenen höchst instabilen kaukasischen Peripherie und ihrem derzeit ungeliebten kleinen Nachbarn im Kaukasus eigentlich bestehen. Was die Aufmerksamkeit für ungelöste, bis vor kurzem noch als »frozen« bezeichnete Regionalkonflikte im postsowjetischen Raum betraf, hat der Krieg die internationale Politik gewiss nicht aus einem Tiefschlaf gerissen. Seit dem Frühjahr 2008 liefen diplomatische Aktionen der EU, der OSZE und der USA auf diesem Feld. Deutschland als Koordinator in der Freundesgruppe des Generalsekretärs der VN für Georgien (zu der auch Russland, USA, Frankreich und Großbritannien gehören) stellte einen dreistufigen Friedensplan für Abchasien vor und lud zu Verhandlungen zwischen den Konfliktseiten im Rahmen der Freundesgruppe nach Berlin ein. Der Süd-Ossetien-Krieg vereitelte diesen Plan. Die Aufmerksamkeit und die Bemühungen für Konfliktprävention bezogen sich besonders auf Abchasien, die größere, strategisch bedeutendere Sezessionsrepublik. Anfang August meldete die internationale Berichterstattung nach mehreren bewaffneten Zwischenfällen akute Kriegsgefahr für Süd-Ossetien.

Wie kam es zum Krieg?

In der unübersichtlichen Situation der Kriegstage hielten sich deutsche und europäische Politiker mit Schuldzuweisungen zurück. Erst mit gewissem Abstand wurde Ursachenforschung angemahnt: Wer hat welchen Anteil an der Eskalation? Die Antwort ist nicht einfach. Der Krieg ging aus einer sich seit März 2008 verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen zwischen georgischen, ossetischen, abchasischen und russischen Akteuren hervor. Wie es dann zu der unseligen georgischen Offensive gegen Zchinwali vom 7.–8. August kam, bleibt gleichwohl eine offene Frage, die der georgische Präsident vor allem seinem eigenen Land zu beantworten hat.

Saakaschwili wehrte sich allerdings gegen den Vorwurf, er habe leichtfertig einen Krieg vom Zaun gebrochen. Seit Wochen habe er vor militärischer Eskalation gewarnt und am Vorabend des Kriegs vergeblich versucht, von Russland Aufklärung über Truppenbewegungen zwischen Nord- und Süd-Ossetien zu erlangen. Am Abend des 7. August habe er eine Waffenstillstandserklärung an Süd-Ossetien gerichtet, was auf der Gegenseite mit verstärkten Angriffen gegen georgische Dörfer in der Konfliktzone erwidert wurde. Selbst wenn die Offensive durch vorherige, bislang nicht bestä-

tigte russische Truppenbewegungen provoziert wurde, erheben sich Zweifel an ihrer Durchführung. Warum wurde nicht als erstes der Roki-Tunnel zerstört, jenes Nadelöhr zwischen Nord- und Süd-Ossetien, die einzige leistungsfähige Transportlinie für Waffen und Truppen aus Russland in die Konfliktzone? »Stattdessen hat er nachts, am Vorabend der Olympischen Spiele, eine schlafende Stadt beschossen«, kritisierte schon in den ersten Kriegstagen der ehemalige georgische Minister für Konfliktlösung die Offensive mit 27 Raketenwerfern gegen Zchinwali.

Georgische Politiker hatten schon wiederholt mit der Option militärischer Konfliktlösung gespielt. Im Sommer 2004 hatte der damals noch neue Präsident Saakaschwili einen Vorstoß mit Sicherheitskräften nach Süd-Ossetien befohlen, um Schmuggel zu bekämpfen. Damit wurden auch die Beziehungen zu Russland nachhaltig belastet. In Abchasien nahmen im Sommer 2006 Truppen des georgischen Innenministeriums das obere Kodori-Tal ein, das damals unter der Herrschaft eines lokalen *Warlords* gestanden hatte. Saakaschwili erklärte dies zum Ausgangspunkt, um Abchasien zurückzuholen. Seither waren die Verhandlungsstränge zu den Konfliktgegnern in Zchinwali und Suchumi unterbrochen.

Georgische Konfliktbehandlung und westliche Signale

Insgesamt praktizierte Tiflis nach der »Rosenrevolution« eine Konfliktpolitik aus widersprüchlichen Elementen: Da wurden neue Friedensinitiativen und Autonomieangebote an die Konfliktgegner gerichtet – so im März 2008 an die abchasische Seite. Der Vorschlag sah »uneingeschränkte Autonomie im Bestand eines einheitlichen georgischen Staates, Föderalismus, Sicherheitsgarantien und friedliche Entwicklung« vor. Abchasische Vertreter sollten in den nationalen Machtorganen bis zum Posten eines Vize-Präsidenten repräsentiert sein und ein Veto-recht bei Verfassungsänderungen haben. Abchasische Sprache und Kultur sollte durch Gesetze geschützt werden. Doch die Gegenseite lehnte das Angebot umgehend ab – mit Hinweis auf ihre längst konstituierte Eigenstaatlichkeit und die geringe Vertrauenswürdigkeit des Gegners. Tatsächlich untergrub die georgische Führung selbst ihre Vertrauenswürdigkeit – durch Säbelrasseln und massive Aufrüstung, durch eine ungeduldige, mit verengten Zeitperspektiven arbeitende Konfliktpolitik. Zeitdruck hatte sich Saakaschwili selbst auferlegt, als er bei seinem Amtsantritt 2004 am Grabe des bedeutendsten georgischen Königs schwor, die Einheit Georgiens wiederherzustellen.

Westliche Partner Georgiens warnten vor militärischer Eskalation. Im Rückblick entsteht die Frage, ob die Unterlassungssignale deutlich genug gesetzt waren. So wird nun auch in den USA diskutiert, ob die bis-

her erbrachte Unterstützung missverständliche Zeichen gesetzt habe. Nach Angaben des State Department erhielt Georgien seit 2002 830 Millionen US-Dollar an Hilfe. 2006 war es der drittgrößte Empfänger von US-Hilfe per capita (\$93), nach Irak (\$150) und Armenien (\$107), noch vor Afghanistan (\$62). Bis 2006 hatte es 178 Millionen US-Dollar an US-Militärhilfe erlangt. Für den »Anker der regionalen Stabilität und Prosperität«, als der Georgien in Washington plakatiert wurde, wurden 2008 weitere Geldmittel für Reform und Demokratisierung freigegeben, obwohl *Freedom House* die Bewertung der demokratischen Entwicklung auf den Stand des Jahres 2000 zurückstufte.

Doch militärische Rückendeckung für einen Angriff wurde Tiflis nicht signalisiert. Entgegen dem von der russischen Propaganda verbreiteten Klischee, wonach die georgische Führung stets nur auf amerikanische Einflüsterung hin handelt, haben westliche Akteure einschließlich Washingtons Georgien vor militärischer Konfliktlösung gewarnt. Für die gleichwohl erfolgte Offensive wurden Erklärungen gegeben, die auf georgische und kaukasische Mentalität rekurrieren. Die Regierung habe womöglich Tauschbeziehungen von Loyalität und Schutz unter Ungleichen, wie sie in der georgischen Gesellschaft bis in die Gegenwart hinein funktionieren, auf ihr Verhältnis zu befreundeten Staaten übertragen. Gegenüber den USA verhalte sich Georgien mit seiner Loyalitätsbekundung wie gegenüber einem traditionellen Schutzpatron, wenn es z. B. bis vor kurzem mit 2000 Soldaten das drittgrößte militärische Kontingent im Irak stellte, das größte pro Kopf der Bevölkerung des Stellerlandes gerechnet. Hat der loyale Klient vom Patron Rückendeckung für sein Unternehmen in Süd-Ossetien erwartet? (Devi Dumbadze: Das Phantom der Souveränität, Neue Zürcher Zeitung, 4.8.2008) Konnte Saakaschwili ernsthaft damit rechnen, bei einer Offensive gegen Süd-Ossetien nur mit ossetischen und nicht mit russischen Militärkräften konfrontiert zu sein? Oder nahm er die Konfrontation mit Russland in Kauf? Auch dafür werden soziologisch-kulturelle Erklärungen bemüht: »Der verlorene Kampf und die Demütigung wird paradoxerweise das Bewährungskriterium des Helden, der im Opferstatus eine umso größere Protektionsanstrengung der zu Solidarität verpflichteten Brüder erzwingt.« (Tilman Allert: Gamarschobad – Eine Soziologie Georgiens, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.9.2008)

Russlands doppeldeutige Politik

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die russische Seite auf den Krieg vorbereitet war. Russische Eisenbahntuppen hatten einige Wochen zuvor in einer »humanitären Aktion« beschädigte Bahnlinien in Abchasien instand gesetzt, die dann zum Transport russischer Truppen benutzt wurden. Außerdem wurden wiederholt georgische Aufklärungsdrohnen über Abchasien abgeschossen. Seit Monaten sickerten Kräfte aus dem russländischen Nordkaukasus in die georgischen Konfliktzonen: darunter Kosakenverbände und freiwillige Kämpfer aus nordkaukasischen Volksgruppen, die ihre Solidarität mit Abchasen und Osseten gegen Georgien bekundeten. Da vernetzte sich der Nordkaukasus mit dem Südkaukasus, ebenso kooperierten, unterstützt durch Moskau, postsowjetische Sezessionsregierungen von Transnistrien bis Süd-Ossetien untereinander. Seit langem haben die beiden abtrünnigen georgischen Landesteile ihr Beziehungsnetzwerk mit Russland ausgebaut. Die Stichworte hierzu: Passportsazija, d. h. die Erteilung russischer Staatsbürgerschaft an die Mehrheit der lokalen Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren, die Besetzung der süd-ossetischen Regierung mit Personal aus den Militär- und Geheimdienstapparaten Russlands, Durchdringung Abchasiens mit russischem Kapital und russischen Touristen.

Dabei präsentiert Russland seit vielen Jahren eine doppelbödige Politik gegenüber Separatismus und muss sich die Frage gefallen lassen: Wie hältst du es mit der Souveränität deiner Nachbarn? Die Frage ist an ein Russland zu stellen, das seine eigene Souveränität über alle Maßen heiligt, davon Begriffe wie »souveräne Demokratie« zur Beschreibung seines politischen Systems ableitet, das auf weltpolitischer Bühne gemeinsam mit China Separatismus zu den »drei Kräften« zählt, die eine neue Sicherheitspolitik herausfordern; an ein Russland, das die Kosovo-politik des Westens mit dem Hinweis kritisiert, Legalisierung von Sezession beschädige das Völkerrecht, und das seinen eigenen Sezessionskonflikt mit Tschetschenien mit äußerster militärischer Gewalt niedergeworfen und sich Kritik an diesem Vorgehen als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verboten hat; an ein Russland, das aber andererseits gegenüber dem »nahen Ausland« mit Sezessionsregierungen eng kooperiert, diese nun auch diplomatisch anerkannt hat, das im Kaukasus eine Monopol auf Peacekeeping beanspruchte und doch weit davon entfernt war, Neutralität und Äquidistanz zu den internen Konfliktparteien zu wahren.

Über den Autor

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

Literaturhinweis

Siehe S. 19.